

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Einzelpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichs-Post-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Herrmann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rote Straße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonnenzeile 5 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Werte Kollegen und Kolleginnen!

In erster Stunde werdet ihr zu einer Urabstimmung aufgerufen, die für das Schicksal unserer Organisation und für die von uns in nächster Zukunft zu führenden Kämpfe von entscheidender Bedeutung sein wird.

Die Streikunterstützung muß erhöht werden!

Diese Erkenntnis ist so zwingender Natur, daß kein Verbandsmitglied sich dagegen aussprechen kann. Wie stehen die Dinge? Als der letzte Verbandstag im Oktober v. J. tagte, wurde die wöchentliche Streikunterstützung festgesetzt in der 1. Klasse auf 30 Mk., in der 2. Klasse auf 18 Mk., in der 3. Klasse auf 12 Mk. pro Woche.

Hinzu kommen bei verheirateten Mitgliedern in der 1. Klasse für die Frau 6 Mk. pro Woche und für jedes Kind 3 Mk., in der 2. Klasse für Frau und Kind je 3 Mk.

Dieser Unterstützungssatz war schon für die damaligen Zeitverhältnisse sehr bescheiden bemessen. Im 1. Quartal dieses Jahres mußten die Beiträge erhöht werden. Gleichzeitig erfolgte eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 6 Mk. pro Woche in der 1. Klasse, 4,50 Mk. in der 2. Klasse und 3 Mk. in der 3. Klasse.

Doch sehr bald stellte sich heraus, daß diese Erhöhung der Streikunterstützung völlig unzureichend war. Die Lebenshaltung hat im Lauf des Jahres eine fortgesetzte Steigerung erfahren. Angesichts der gegenwärtigen Teuerungsvhältnisse stellen wir die Frage: Ist es unseren Verbandskollegen heute noch möglich, mit einer wöchentlichen Streikunterstützung von 30 Mk. im Kampf längere Zeit auszuhalten zu können?

Die Antwort lautet: „Nein!“

Haben wir dies aber erkannt, dann erwächst uns die unbedingte Pflicht, auf dem schnellsten Wege eine Änderung eintreten zu lassen.

Wir sind eine Kampforganisation

und haben unsere Maßnahmen so zu treffen, daß den in wirtschaftliche Kämpfe verwickelten Kollegen die Gewähr gegeben ist, auszuhalten zu können und allen Unterdrückungsmaßnahmen des Unternehmertums Trotz zu bieten. Das kann aber nur geschehen, wenn die Streikunterstützung so bemessen ist, daß die im Kampf stehenden Verbandsmitglieder auszuhalten können. Der erweiterte Beirat, der sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit diesen Fragen beschäftigte, kam nach reiflicher Prüfung fast einstimmig zu dem Entschluß, den Mitgliedern folgenden Antrag zu unterbreiten:

Die Streikunterstützung in der 1. Klasse von 30,— Mk. auf 60,— Mk. pro Woche (täglich 10,— Mk.)
wird erhöht: 2. „ 22,50 „ 36,— „ „ „ 6,— „
3. „ 15,— „ 24,— „ „ „ 4,— „

Dazu kommt die statutarische Unterstützung für Frau und Kinder.

Alle Kollegen waren bei ihrer Beschlussfassung der Meinung, daß diese Unterstützungssätze das Mindeste sind, was wir festlegen müssen. Auch bei dieser Unterstützung ist es notwendig, daß je nach den örtlichen Verhältnissen zu diesem Betrag aus der Hauptkasse ein lokaler Zuschuß aus Mitteln der Lokalkasse bezahlt wird. Doch darüber haben die Kollegen an einzelnen Orten zu befinden.

Wir wollen noch darauf hinweisen, daß fast alle anderen Organisationen längst höhere Unterstützungssätze bei Streiks bezahlen, wie unsere Organisation bis heute. In verschiedenen Verbänden geht die heute gewährte Streikunterstützung noch über die Höhe hinaus, die wir jetzt unseren Kollegen in Vorschlag bringen.

Haben wir für die nächste Zeit schwere Kämpfe zu erwarten? Wer wollte dies bestreiten. Das hieße blind sein gegenüber dem, was um uns vorgeht. Das organisierte Unternehmertum ist an der Arbeit gegen das Proletariat, und zwar nicht nur, um jeden weiteren Aufstieg der Arbeiter zurückzuhalten, sondern das Arbeitgebertum geht zum Angriff vor, um der Arbeiterklasse die von ihm erkämpften, erworbenen Rechte zu entreißen. Und dieser Kampf richtet sich nicht nur gegen allgemeine Rechte der Arbeiter im Betriebe (Betriebsräte usw.), sondern — Lohnabbau ist die Parole. Die Kämpfe, in die unsere Kollegen bereits heute in allen Gebieten des Reiches verwickelt sind, die Kündigung von Tarifabkommen durch die Unternehmer, Entlassungen und Aussperrungen zeigen uns, was von unserer Gegenseite beabsichtigt ist.

Verbandskollegen! Erkennt den Ernst der Stunde!

Die Organisation ist eure Waffe im Kampf. Stimmt den Unterstützungssätzen zu, die ihr haben müßt, um im Kampf auszuhalten zu können. Sollen jedoch die vorgeschlagenen Summen an die Streikenden (und ebenso an die Gemäßigten) gewährt werden, dann müßt ihr selbstverständlich auch dem Verbandsrat die Mittel geben, die notwendig sind, um diese Unterstützungssummen auszahlen zu können. Deshalb geht der Antrag des erweiterten Beirates dahin, bei Zahlung der vorgeschlagenen höheren Streik- und Gemäßigtenunterstützung den Verbandsbeitrag zu erhöhen

in der 1. Klasse um 80 Pf., in der 2. Klasse um 50 Pf., in der 3. Klasse um 20 Pf. pro Woche.

Wir setzen voraus, daß alle Mitglieder diese bei der heutigen Geldentwertung minimale Beitragserhöhung gern in den Kauf nehmen, damit die erhebliche Erhöhung der Streikunterstützung (in der 1. Klasse fast eine Verdoppelung) erfolgen kann. Um aber auch den erwerbslosen Mitgliedern (Kranken und Arbeitslosen) gerecht zu werden, sieht die gleiche Vorlage des erweiterten Beirates

eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung von 2 Mark

pro Woche vor. Die Erwerbslosen müssen laut Statut bei Inanspruchnahme ihrer Unterstützung den laufenden Beitrag zahlen. Damit sie die Beitragserhöhung nicht trifft, soll als Ausgleich die Erwerbslosenunterstützung um 2 Mk. erhöht werden. Damit bleibt den erwerbslosen Kollegen noch ein kleines Äquivalent, das sie sicherlich gut gebrauchen können. Das Ganze zusammengefaßt, muß jedes Verbandsmitglied erkennen:

Die Vorlage zur Erhöhung der Streikunterstützung muß bei der Urabstimmung einmütig angenommen werden.

Zeigen wir unseren Klassengegnern, daß auch wir rüsten zum Kampfe. Das Unternehmertum muß wissen, daß die organisierten Metallarbeiter alle Kräfte zusammenfassen, ihre Kampforganisation ausbauen und bereit sind, in der Zahlung des Beitrags ein Opfer zu bringen,

um die uns bevorstehenden Kämpfe mit Erfolg führen zu können.

Alle Kleinlichen Bedenken, „lokale Schmerzen“ und Sonderinteressen müssen zurücktreten hinter dem zwingenden Gebot der Stunde, dem Interesse der Allgemeinheit. Und nimmermehr darf bei den Kollegen eines Ortes die Bemerkung fallen: „Ja, wir haben doch am Blase weniger mit Streiks zu rechnen“ oder: „Anderwärts wird mehr gestreikt wie bei uns“ usw. Als überzeugte Klassenkämpfer wissen wir: Stehen die Kollegen eines anderen Ortes in hartem Kampfe mit dem Unternehmertum, dann ist ihr Kampf auch der unsere. Wir sind solidarisch miteinander verbunden. Solidarität soll uns auch in geschlossenen Reihen in den harten schweren Kämpfen der nächsten Zeit verbinden. Darum beteiligt euch alleamt — ohne Ausnahme — an der Urabstimmung über die Vorlage des erweiterten Beirates am 14. November und

stimmt geschlossen für die Erhöhung der Streikunterstützung.

Eure Sache gilt's!

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Die Woche der Parteitage

In der Woche vom 11. bis 17. Oktober tagten zwei Parteitage, die in ihrem Verlauf und in ihren Resultaten beachtenswert sind und deshalb hier besprochen werden sollen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. P. D.) hatte ihre Anhänger nach Kassel berufen, während die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (U. S. P. D.) ihren bedeutungsvollen Kongreß in Halle abhielt. Das ganze Gland der politischen Zerrissenheit der deutschen Arbeiterklasse zog in dieser Woche kaleidoskopartig an unseren Augen vorüber und offenbarte mit aller Deutlichkeit die Gefahren, die darin liegen, wenn dieser unfelige Zustand sich noch steigern sollte. Aber der Verlauf der Parteitage hat uns auch bewiesen, daß nicht etwa der Höhepunkt des Bruderkampfes erreicht, sondern wahrscheinlich eine weitere Verschärfung unausbleiblich ist. Das ist das bedauerlichste Ergebnis, das wir aus dem Verlauf der Diskussionen feststellen konnten. Wir müssen also hindurch. Gut! Dann wollen wir mit rücksichtsloser Offenheit die Ursachen der politischen Zerklüftung aufdecken und uns vor allem mit aller Macht gegen diejenigen wenden, die in boltränder Verblendung die politischen Spaltungen auf die Gewerkschaften übertragen wollen.

Der Parteitag der S. P. D.

In Kassel hatte einen wesentlich ruhigeren Verlauf als der in Halle. Die S. P. D. ist im Begriff, sich ein neues Programm zu geben, weil nach ihrer Meinung das Erfurter Programm in vielen Teilen überholt sei. Dem Parteitag waren größere Diskussionen in Presse und Versammlungen über das neu zu schaffende Programm vorausgegangen. Zu einem Programm ist es allerdings auf dem Parteitag noch nicht gekommen. Die Diskussionen liefen indes vorausahnend, wie das neue Fundament der Partei aussehen wird. Was wir aus dem Verlauf des Parteitages der Rechtssozialisten feststellen konnten, deutet darauf hin, daß diese Partei sich immer mehr nach rechts entwickelt. Nach einer so bedeutamen Phase, wie sie jetzt hinter uns liegt, hätte man von einer sozialistischen Arbeiterpartei erwarten können, daß das Prinzip des Sozialismus in entscheidender Weise den Niederschlag in der Debatte hätte finden müssen. Dementsprechend hätte eine Partei, die sich sozialistische Kampfpunkte nennen will, in klarer Weise zum Ausdruck bringen müssen, wie die brennendsten Probleme: Sozialisierung der faktellierten Industrien, der Forsten und der großen Latifundien, Erweiterung der Rechte der Arbeiterklasse auf dem Gebiet der Preis- und Produktionskontrolle, Inangriffnahme von Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise durch Eingriffe in die kapitalistische Produktionsweise usw. eventuell durch Kampf und Massenaktionen der Arbeiterklasse der Lösung näher gebracht werden können. Nichts von alledem. Wohl brachte die Diskussion eine Auseinandersetzung für und wider die Planwirtschaft.

In dieser Zeit und gegenüber den ungeheuren Widerständen, die der ernsthaften Reform entgegenstehen, hilft kein Mundspülen, da muß laut und deutlich gepöfien werden. Den Willen hierzu hat der Parteitag der S. P. D. vermissen lassen und damit zu erkennen gegeben, daß die Partei sich immer mehr zu einer bürgerlichen Reformpartei entwickelt, die ihr ganzes Heil auf den Kampf um und im Parlament setzt. Der revolutionäre Wille der Tat, der heute von jeder ernsthaften Arbeiterpartei unbedingt in Rechnung gestellt und in solchen Rundebungen wie ein Parteitag konsequent zum Ausdruck kommen muß, hatte in der Stadthalle zu Kassel keine Heimstätte gefunden.

Aber bei einigem Überlegen konnte es auch gar nicht anders sein. Die Rolle der Partei Scheidemanns in der Revolution, die Tätigkeit derselben in der Koalitionsregierung ließen allerdings diese Entwicklung vorausahnend. So hat der Parteitag in Kassel nur offiziell bestätigt, was schon längst Tatsache geworden war. Wir müssen also damit rechnen, daß die Revolution es nicht vermochte, alle sozialistischen Organisationen auf den Standpunkt des vom Marxismus vorgezeichneten reinen Klassenkampfes zurückzuführen, sondern die Extreme der sozialistisch denkenden Arbeiterklasse sich immer mehr vor einander entfernen, die Kluft zwischen Proletariat und Proletariat geistig immer größer und der Bruderkampf innerhalb der Arbeiterbewegung an Schärfe zunehmen wird. Das ist das bedauerliche Fazit des Parteitages in Kassel.

Der Parteitag der U. S. P. D.

wird in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine besondere Rolle spielen. Schon die Physiognomie des Parteitages deutete auf schwere Kämpfe hin. Ein breiter Mittelgang trennte die Segner und die Befürworter der Moskauer Bedingungen. Eine schwüle Atmosphäre lag auf dem Kongreß. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der dritten Internationale, Sinowjew, hatte sein Erscheinen angekündigt und hatte ein „Offenes Schreiben an alle Mitglieder der Unabhängigen Partei Deutschlands“ vorausgeschickt, das alle Kongreßbesucher auf ihren Plätzen plötzlich vorfanden. Am Vorabend des Parteitages, so hieß es in dem Pamphlet, „der für Euch eine so ungeheure Bedeutung haben wird, hält es das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale für seine Pflicht, sich mit vorliegendem Schreiben an Euch zu wenden, das aus unseren Verhandlungen mit Eurer Zentrale und den Diskussionen, die jetzt in Eurer Presse stattfinden, das Fazit ziehen soll.“ Das „Offene Schreiben“ geht in vier Seiten mit den bisherigen rechtsstehenden Führern der U. S. P. D. hart ins Gericht. Namentlich Kautsky, Hilferding, Crispian und Dittmann wurden mit den größten Worten angegriffen. Man kann sich vorstellen, daß dieses Schreiben der Moskauer Zentrale, das

unter Umgehung des Zentralkomitees der Partei direkt den Delegierten vorgelegt wurde, nicht gerade verblüffend wirkte. ... denn von Anfang an die Spaltung der Partei in der ... und das gemeinsame Spiel proletarischer Selbstverteidigung wurde fünf Tage hindurch zur Freude aller Nationen und Feinde des Proletariats fortgesetzt.

Nur zwei Punkte sind verhandelt worden: Der Geschäftsbericht der Parteiführung und der Anschlag auf die Moskauer Internationale. Die Debatten des Parteitag werden unseren Kollegen durch die Tagespresse bekannt sein und wollen wir uns dem Gebiet zuwenden, das für uns von großer Bedeutung ist:

Die dritte Internationale und die Gewerkschaften

Einen Einblick in die Anschauungen der Bolschewiki als Vertreter und Lenker der Moskauer Internationale, über die Frage der Gewerkschaftsbewegung verschafft uns die Rede Sinowjens. Obwohl uns die Meinungen Moskaus über die Gewerkschaften sicher kein Geheimnis mehr waren, herrten wir doch der Dinge, die da kommen sollten, als der Gewaltige des Moskauer Exekutivkomitees die Tribüne des Parteitages bestieg. Die vierstündige Rede, in fließendem Deutsch mit stark östlichem Akzent vorgetragen, war dialektisch ein Meisterwerk. Aber auch ein Meisterwerk, gefüllte Klappen mit gerissener Eleganz zu umschiffen. Mit wüchsigster Schärfe trat er für die Diktatur des Proletariats ein. Zur Frage des Terrors bemerkte er, daß der Terror nur eine verschärfte Form der Gewalt, wie der Bürgerkrieg eine verschärfte Form des Klassenkampfes sei. Die Gutwilligkeit der Revolutionäre sei eine internationale Schwäche, dies zu erkennen sei dringend notwendig. In einer kleinen Abschweifung, wie Sinowjew bemerkte, kam er auf die Gewerkschaftsinternationale zu sprechen.

Die Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam ist das feste Bollwerk der internationalen Bourgeoisie. Wer sind die Führer der Gewerkschaftsinternationale? Sind das nicht die Orgins und Jonhauz, die Agenten des Kapitals? Und mit diesen Geldern wollen Sie nicht brechen? Sie haben mir darin beigegeben, daß die geistige Orientierung im Augenblick die Hauptfrage ist, und dann wollen Sie im Namen der gelben Gewerkschaftsinternationale bleiben? Gewiß sind die Weißröten, die Mannen von der „Orgins“, keine sehr annehmbaren Leute, aber ich behaupte: diese sind längst nicht so gefährlich wie die Leute von der gelben Gewerkschaftsinternationale. Sie ist der Strich an eurem und an unserm Hals. Für die Gewerkschaften wird es jetzt ein Zimmertisch über dem Kirchhof geben.

Wie der wählen Gelassenheit eines bolschewistischen Despoten schuldete Sinowjew diese inhaltsschweren Worte in den Saal. Die „Rechte“ des Parteitages protestierte mit aller Heftigkeit gegen denartige Behauptungen, während die „Linke“ des Parteitages diese Worte mit demonstrativem Beifall unterstützte. Dies war das Betrübenste der ganzen Tagung. Sagen doch, auf jener Seite Arbeiter, die teilweise einen nicht geringen Teil ihres Lebens geopfert hatten, um die Gewerkschaftsbewegung auf jene Höhe zu bringen, auf der sie heute steht. Einige Kollegen befanden sich unter den Beifallspendern, die mit uns gemeinsam daran gearbeitet, den mächtigen Gabel der Gewerkschaftsbewegung nach der Richtung des reinen Klassenkampfes umzuwenden. Trotzdem entschloßen sie sich nicht, sich selbst durch ihren Beifall zu kastrieren. Sollen wir gegen die Äußerungen Sinowjens polemisieren? Wir wollen uns das schenken. Solche Äußerungen eines angeblichen internationalen Arbeiterführers verdienen nur niedriger gehalten zu werden.

Feststellen wollen wir nur, daß in dem graufigen Lohwabahnu der vergangenen Epoche die Gewerkschaftsinternationale die einzige intakte internationale Arbeiterinstitution war. Der Boykott gegen Serbien-Ungarn, die Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen Bergarbeiterbundes, die Tagung der Metallarbeiter-Internationale, der Boykott des internationalen Seemannsbundes über die Waffentransporte gegen Sowjetrußland, die Sendungen der „gelben“ Gewerkschaftsinternationale zur Einstellung der Waffenfabrikation usw., das waren Taten von der größten Tragweite. Gewiß nicht alles hat geklappt. Ist daran die Gewerkschafts-Exekutive schuld oder liegt dies nicht an der mangelnden Energie der einzelnen Landessektionen? Sollte die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften in der Unterbindung der Waffen- und Munitionstransporte und in der sonstigen aktiven Unterstützung Sowjetrußlands gegen Polen in dieser Weise durch einen Vertreter der Sowjetregierung belohnt werden? Wir müssen gestehen, eine skrupelloser Beleidigung ist uns noch von keinem Unternehmertum zuteil geworden, als von diesen Vertretern der Bolschewiki.

Doch Sinowjew weiß gegenüber diesen „Agenten der Bourgeoisie“ auch andere Töne anzuschlagen. Als er nämlich auf die Tätigkeit der englischen Gewerkschaften in letzter Zeit zu sprechen kam, war er des Lobes voll über diesen revolutionären „Faktor“, der sich in England so kühn gegen die Regierung als Gegenregierung als dem Ruf eines Sowjetstaats stellte. Sein erstes Mal erwachte die Arbeiterchaft Englands und greife aktiv mit der ganzen Wucht ihrer Macht ein. Es waren die wichtigsten Gewerkschaften, die sich gegenüber der bürgerlichen Regierung als Nebenregierung auflauten. Aber die Kräfte, die jene kühne Tat unternahm, als Gelbe, als Agenten der Bourgeoisie, als Strich am Hals der Revolution, schlimmer als die Bolschewiki zu beschimpfen, das blieb den Vertretern der Bolschewiki überlassen.

In dieselbe Kerbe hätte der ebenfalls auf dem Parteitag als Gast anwesende Vertreter der russischen Gewerkschaften Losowsky. Seine Reden sind allgemein bekannt. Er hat sie auf dem Rätekongress, in zahlreichen Versammlungen in Deutschland und auch auf dem Parteitag abgelesen, so daß wir uns mit diesem Buchen nicht allzulange beschäftigen wollen. Auch er beschimpfte die Gewerkschaften, er, der seine Anwesenheit in Deutschland erst dem verhassten Gewerkschaftsbund zu verdanken hat. Natürlich paukte auch er auf den Papanz Legien los, obwohl er einige Tage früher wie ein begossener Hundel Legien gegenüber geflehen und dort nicht den Mut gefunden, etwas nennenswertes hervorzubringen und der sich dann in einem günstigen Augenblick aus dem Beratungrszimmer gedrückt hat. So sieht die Courage dieser Sendboten des Bolschewismus Legien selber gegenüber aus. Es ist keine Kunst, sondern dazu gehört nur eine Portion Frechheit, unter der Äußerung einer fanatisierten Kongressmehrheit Verdächtigungen und Behauptungen auszuflößen, nur zu dem Zweck, die Arbeiterbewegung zu spalten und gegeneinander zu hetzen.

Nur in Deutschland ist es möglich, daß ausländische Gäste auf einem Parteitag sich derartig benehmen können. Bei Losowsky brachte endlich der Parteitag, wenigstens die „Rechte“, die Courage auf, sich diesen Beschimpfungen gegenüber zur Wehr zu setzen. Er wurde für den Abend am Weiterreden verhindert. Genau wie Sinowjew erhielt auch Losowsky lebhaften Beifall von der „Linke“ des Parteitages. Natürlich auch von Tribünenbesuchern, die überhaupt ziemlich aktiv in die Verhandlungen eingriffen. Einen Vertreter der „Rechten“ bedachte man, wenn er einige unangenehme Worte sprach, mit Schimpfworten und redete von hohen Gehältern aus Arbeitergroßen. Aber wenn ein Vertreter einer „proletarischen“ Regierung mit seinem Gefolge den ganzen Flügel eines Hotels bewohnt und im eleganten Auto von und nach dem Kongress fährt, dann ist das ganz in der Ordnung.

Genosse Hilferding hatte es übernommen, die Äußerungen Sinowjens gebührend zu beleuchten und die Beschimpfungen zurückzuweisen. Er löste seine Aufgabe glänzend. Mit dem Rüstzeug des wissenschaftlichen Marxismus ging er den von Sinowjew und von den Kommunisten überhaupt aufgestellten Problemen zu Leibe. Man merkte es: Hier sprach ein Kenner der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Daß von seiten der „Linken“ Hilferding teilweise heftig unterbrochen wurde, konnte weiter nicht wundernehmen. Diese Partei-Siebenmünder, die dort in großer Zahl vertreten waren, werden sich ja nie die Zeit nehmen, Hilferdings „Finanzkapital“ eingehend zu studieren. In diesem Buch ist mehr Gehirnschmalz vereinigt, als 50 Köpfe der Zwischenrufer insgesamt ihr eigen nennen. Der Vorsitzende der französischen Partei, Longuet, stellte sich in einer trefflichen Rede ganz auf den Standpunkt der „Rechten“ des Parteitages. Er lehnte die Bedingungen Moskaus rundweg ab und bedauerte, daß die kommunistische Internationale ihre Aufgabe darin sehe, die Worte von Karl Marx: Proletarier aller Länder zerplättet euch! umzuwandeln.

Am Abend des fünften Verhandlungstages gingen die widerstreitenden Hälften des Halleuer Parteitages auseinander. Mit Dreifünftel-Mehrheit wurde die Resolution Stöcker-Däumig angenommen, die den bedingungslosigen Anschluß an die dritte Internationale vorseht. Darauf gab Genosse Crispian als Vorsitzender der Partei eine Erklärung ab, die die Festhaltung enthielt, daß durch die Annahme dieser Resolution sich ein großer Teil der Delegierten von der Partei getrennt habe und der Kampftag das Recht vermisst hätte, im Namen der U.S.P. zu sprechen. Die „Linke“ tagte daraufhin weiter im Volkspark, während die „Rechte“ ihre Beratungen im Lokale Zoologischer Garten fortsetzte. Zur Gewerkschaftsfrage wurde auf dem Parteitag der „Rechten“ eine Resolution angenommen, die wir an einer andern Stelle Zeitung zum Abdruck bringen.

Wies in allem: Der Parteitag der U.S.P. war eine Niederlage des revolutionären Proletariats. Der Bruderkampf hat sich durch diese erneute Spaltung wesentlich verschärft, die Selbstzerfleischung nimmt ihren Fortgang. Diese

einst mächtige und in Deutschland führende revolutionäre Partei mußte auf dem Schindanger gepörrt werden, weil die dritte Internationale Bedingungen stellte, die kein denkender Parteigenosse annehmen konnte. Die Schuld trifft aber nicht die Kommunisten, sondern jene U.S.P.-Kommunisten, die sich päpstlicher als der Papst gebärdeten.

Die Bourgeoisie der ganzen Welt wird ihre helle Freude an diesem Parteitag gehabt haben. Mit den 21 Bedingungen der kommunistischen Internationale haben wir uns in diesen Spalten schon beschäftigt; wir kommen in nächster Zeit ausführlich auf die Stellung der revolutionären Gewerkschaften in der Internationale zurück. Aber schon heute wollen wir sagen: Eine Spaltung der Gewerkschaftsinternationale lehnen wir ab. Gewiß hat diese Internationale Mängel, aber diese Mängel sind nicht so groß, als daß sie nicht durch zielbewusste Arbeit beseitigt werden könnten. Eine Vereinigung von 27 Millionen Arbeitern zerschlägt man nicht, sondern den vorhandenen Apparat baut man aus, um ihn als wichtigstes Werkzeug zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu gebrauchen. In England, in Italien, in Deutschland und in andern Ländern zeigen sich die besten Ansätze dafür, daß die Revolutionierung der Gewerkschaften auf dem Marsche ist. Und so wollen wir weiter arbeiten. Trotz alledem und alldem.

Die Aufgaben und die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte

Auszug aus dem Referat des Kollegen Sigmann, gehalten auf dem ersten Betriebsrätekongress Deutschlands am 7. Oktober 1920 in der „Neuen Welt“ in Berlin, Sachsenheide.

Wenn wir die Aufgaben der Betriebsräte zeichnen wollen, müssen wir die Verhältnisse untersuchen und uns an den politischen und wirtschaftlichen Faktoren orientieren. Wir müssen orientiert sein in der Grundanschauung als revolutionäre Sozialisten, haben aber auch die Aufgabe, zu prüfen, ob die Betriebsräte im Rahmen des Betriebsrätegesetzes tätig sein können oder ob wir uns unsere Gesetze selbst geben müssen. Das letztere müssen wir in den Vordergrund stellen. Die Arbeiterbewegung entsaltete vor und während des Krieges nur eine propagandistische Tätigkeit, heute befinden wir uns aber im aktiven Stadium der Revolution, wo wir den Sozialismus verwirklichen müssen. Wir müssen festhalten, daß das Proletariat aus dem Elend nur retten kann die Befreiung der kapitalistischen Profitwirtschaft und ihre Ersetzung durch die sozialistische Bedarfswirtschaft. Wenn wir an die Sozialisierung herangehen, müssen wir 1914 mit 1920 vergleichen. Der ökonomische Reifegrad war 1914 schon vorhanden, der Trümmerhaufen von 1920 stellt ganz andere Anforderungen an das Proletariat, wenn es zur Erreichung der Macht schreiten wird. Die Frage ist, ob die Arbeiterklasse für den Sozialismus reif ist. Bei Würdigung der Umstände müssen wir sagen, die Arbeiterklasse ist es heute genau so wenig, wie sie es 1914 gewesen ist. Die Folgen des Krieges haben die Menschen degeneriert. Die Moral der Menschen ist durch den Krieg nicht gestiegen, sondern in erschreckendem Maße gesunken. Zum Sozialismus kommen wir nicht durch Gewalt allein, der Macht und der Gewalt muß eine Veredelung des Geistes folgen.

Groß ist die Verwüstung, die der Weltkrieg auf allen kulturellen und ökonomischen Gebieten angerichtet hat. Wir müssen, wenn wir an den Aufbau der Wirtschaft gehen wollen, die Sünden der Kapitalistenklasse mit auf unsere Rechnung setzen. Die fürchterliche Wirtschaftskrise ist ja hauptsächlich dadurch entstanden, daß der Kapitalismus seine eigenen Gesetze außer acht gelassen hat. Eine steht jedoch fest: Das internationale Kapital hat sich längst ausgelebt, während das Proletariat sich noch heute national die Köpfe einschlägt. (Sehr richtig!) Das liegt daran, daß die Kapitalisten als Klasse die Notwendigkeit der unbedingten Solidarität erkannt haben.

Deutschland gleicht einem Warenhaus, das einen Bankrottankverkauf gemacht hat. Die Verschlebung der Waren nach dem Ausland brachte fünf- bis sechsfachen Profit, das ausländische Kapital erzielte ebenfalls Riesengewinne. Die deutsche Volkswirtschaft zahlte die Jeds, die eingeführt, Rohstoffe und Lebensmittel in der Rohstoffhöhe bezahlt werden mußten. Die Teuerung ist dadurch in riesenhafte gestiegen. Der Reallohn des deutschen Arbeiters ist unendlich gesunken, die Lohnsteigerungen haben mit der Teuerung nicht Schritt gehalten. Gegner der Gewerkschaften kommen mit der These, die Gewerkschaften hätten nicht einmal verstanden, den Reallohn auf der Höhe zu halten. Ich stelle die Frage: Wo wäre das deutsche Proletariat geblieben, wenn es nicht die Gewerkschaften gehabt hätte? (Sehr gut!) Der Auslandshandel stockt, im Inland ist Bedarf in Gütle und Fülle, kann aber nicht gestillt werden, da die Massen keine Mittel haben, um kaufen zu können.

Auf der andern Seite sehen wir aber, daß die Kapitalisten durch ihre wahnsinnige Preispolitik Milliarden über Milliarden überprofit eingehemlt haben. Die völlige Festsorgung der Wirtschaft und die Verelendung der breiten Volksschichten waren die Folgen. So ist Deutschland jetzt ein Unternehmen aus Abbruch. Nicht nur Ziegeleien, wie hier angeführt worden ist, sind abgerissen worden, sondern die Unternehmer sind dazu übergegangen, die so notwendig gebrauchten Werkzeugmaschinen als Schrott zu verkaufen, weil das einen höheren

Begriffe

Von G. Gajda

Doch ein Begriff muß bei dem Worte sein. (Wozu, hoch?)

Die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands war nicht nur auf ihre organisatorischen Erfolge, welche sie zum Behaupten fast aller internationalen sozialistischen Parteien werden ließ, sie war auch nicht weniger stolz auf ihre Verwirklichungen zur Aufklärung, Bildung und Erziehung ihrer Anhänger, welche sie nicht zuletzt ihre Erfolge zu danken hat. Neben dem von Wilhelm Liebknecht geprägten Satz: „Wissen ist Macht“, wurde die Arbeit eingestellt auf die Revolutionierung der Geister, welche nicht anders erzielt werden kann als durch Verbreitung grundsätzlicher Erkenntnis der gegenwärtigen Entwicklung der Produktionsverhältnisse bis zu ihrem gegenwärtigen Stande und ihrer darüber hinausreichenden Kräfte. Ein ausgebildetes Volk zentral, geistlich und äußerlich Bildungsvoraussetzungen, diesen Zweck dienend, überzog bis zum Beginn des Weltkrieges das sozialistische Deutschland; einestils als reize Partei, anderstils als Partei- und Gewerkschaftsvereinswesen. Eine geordnete Arbeit wurde, darauf kann nicht verzichtet und gemindert werden, geleistet.

Mit dem Ausbruch des Krieges habe die Bildungsarbeit ein Ende und die ganze Bildungsorganisation wurde zerlegt, als die sozialistische Partei auseinanderfiel. Seit über sechs Jahren ruht jegliche Bildungsarbeit in grundsätzlichen, d. h. marxistischen Sinne. Die Arbeiterpartei hat in der Verwirrung ihrer Erkenntnis so gut wie alles verkannt. Die meisten Propaganden der sozialistischen Arbeiterbewegung machen in Kriegspolitik und die verbleibenden halten genug in der Hinsicht der anderen zu tun. Das Verhältnis wurde noch schlimmer nach der Spaltung der sozialdemokratischen Partei, und nach Einstellung des Krieges ist es noch schlimmer geworden durch die immer wieder um sich greifende Spaltung der einst so stolzen deutschen Arbeiterbewegung. Bei der gegenwärtigen Zerstückelung der verbliebenen Arbeiterparteien und auch innerhalb derselben ist die Erziehung der nachwachsenden Millionen Anhänger erbärmlich schlecht geblieben. Nicht einmal die Funktionäre sind einigermassen behauptet worden. Wohlgemerkt, ich stelle nur fest, was ist. An der Festhaltung der Urgründe und daran, daß die „alten“ die Schuld tragen, wägen sich zahlreiche „Neue“ und

„Neine“ seit Jahren ab, aber eine Einigung über die Schulfrage kann nicht erzielt werden.

Nu dieser durch die Verhältnisse erzwungenen Untätigkeit auf dem Bildungsgebiete kam die militärische Seistsverweisung während eines vierwöchigen Krieges. So konnte es nicht ausbleiben, daß Schandname, Demagogie, Raubgelber und — Eichel Worte zu Schlagwörtern herabwürdigen, welche in ihrer prägnanten Begriffsbestimmung geradezu eine Lebensarbeit unseres großen Meisters Karl Marx sind. Kapital, Kapitalist und Kapitalismus, Sozialisierung und Sozialismus, Mehrwert und Profit usw., diese Worte höchster Konzentration dienen heute verstanden und gewissermaßen Schwägern für ihre widerstreitendsten und unauflösbaren Zwecke. Das Zurückbleiben aber, daß bisher anspruchsvolle Teile der Arbeiterchaft, erklärlich aus der entsetzlichen materiellen und geistigen Not unserer Tage, diesen Leuten Gefolgshungrig leisteten und noch leisten.

In dem beginnenden geistigen Befreiungsprozess ist nichts notwendiger, als das der Schlagwortpolitik zur Erkenntnispolitik zurückzuführen und der Ruf: „Jurid zu Karl Marx!“ bedeutet in Wirklichkeit: „Bemüht nach den Lehren Karl Marx!“ In diesem Sinne will ich verstehen, daß der russischen Leninologie (Wortbedeutungslehre), auch für den ungeschulten Leser verständlich, Begriffe zu erläutern, damit bei den oft gebrauchten, aber ebenso oft mißbrauchten Worten „doch ein Begriff ist“.

I. Kapital, Kapitalist, Kapitalismus.

Des von heute abgeparten Rotproleten nennt mancher sein „Kapital“, welches angetrieben er sich anglich hat. Ein anderer begehrt kein „Arbeitslohn“ als sein „Kapital“, mit dem er sorgsam umgehen muß. Etwas und Hampfer haben dem Bauer eine Unmenge Geld ins Haus getragen, welches der Sicherheit wegen in den Schrank gepackt wird. Der Bauer nennt dieses Geld sein „Kapital“. Demnach müssen diese begrifflichen Lesie Kapitalisten. Der Unsinne kommt nicht widerlegt zu werden.

Aber ist denn nicht notwendig, der Bauer, welcher so erhebliche Kräfte Geld angespart hat, ein Kapitalist? Nein. Und wenn jemand Millionen zu Haus im Geldschrank aufbewahrt, so ist er ein außerordentlich reicher Mensch, aber noch kein Kapitalist. Demut aber dieser Mensch sein Vermögen, seine Werte, um dafür Getreide, Rohstoffe, Werkzeuge, Rohstoffe und arbeitsfähige Menschen zu kaufen,

welche mit ihrer Arbeitskraft die Maschinen bedienen und Produkte herstellen, damit der Besitzer seine hineingesteckten Werte um einiges vermehrt zurück erhält, so ist er ein Kapitalist. Geld, diese allgemeine Wertform, wird erst in einem bestimmten Verhältnis zu Kapital. Geld ist nicht schlechthin Kapital, sondern Produktionsmittel, also Mittel zur Herstellung irgendwelcher Gebrauchsgüter, wie Grund und Boden, Bergwerke, Fabrikgebäude, Dampf- und Werkzeugmaschinen, Werkzeuge, Rohstoffe u. dergl., sind Kapital. Auch das Geld ist Kapital, mit Hilfe dessen der Besitzer der Produktionsmittel Menschen kauft, d. h. deren Arbeitskraft, da ohne sie die Produktionsmittel tot, wertlos sind.

Darum legt der Gelddesiger diese Werte in Produktionsmitteln an? Darum verwandelt er diese Werte in Kapital? Die gekauften Rohstoffe werden durch die menschliche Arbeitskraft mit Hilfe der Produktionsmittel in Gebrauchsgüter umgewandelt, kommen als Waren zum Verkauf und am Ende dieses Kreislaufes kehrt das Geld in die Hände des Besitzers zurück; aber es hat sich vermehrt und wir nennen den Überschuß Profit. Es ist das Streben nach Profit, welches der Gelddesiger zum Kapitalisten werden läßt.

Aus dieser Darstellung ergibt sich folgende Formulierung: Kapital sind Werte, welche in den Produktionsprozess geworfen werden, um mehr Werte zu erzeugen.

Kun ist auch verständlich, daß der Rotproleten und die Arbeiterkraft des Arbeiters, das Geld des Bauern im Sparkasten oder die Millionen im Geldschrank des reichen Mannes kein Kapital nach volkswirtschaftlichen Begriffen sind. Ebenjowenig sind diese Leute Kapitalisten.

Die Besitzer der Produktionsmittel nennen wir Kapitalisten, und da unsere ganze Gütererzeugung darauf basiert, daß die Produktionsmittel im Privatbesitz der Kapitalisten sich befinden, bezeichnen wir die heutige Produktionsweise um dieses charakteristischen Merkmal willen als kapitalistisch oder kurz Kapitalismus. Wir formulieren: Kapitalismus ist derjenige wirtschaftliche Zustand, in welchem der Privatbesitz einzelner an Produktionsmitteln entscheidendes Merkmal ist, während die große Masse der Bevölkerung ihre Arbeitskraft den Besitzern der Produktionsmittel gegen Lohn oder Gehalt verkauft.

Profit abwart. Dieser wahnsinnigen Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft muß durch die Betriebsräte ein Ende gemacht werden.

Die Wirtschaftskrise hat in ihrer schärfsten Form eingeseht. Es wird behauptet, die Krise sei im Abflauen; das ist nicht wahr. Nach Berichten, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband aus allen Teilen des Reiches erhalten hat, ist von einem Abflauen noch nichts zu merken.

Die Zahl der Arbeitslosen wird fortgesetzt vergrößert durch die Kurgarbeiter. Die sich daraus ergebende Verelendung kann nur beseitigt werden, wenn anstelle der kapitalistischen, anarchischen Produktionsform eine planmäßige, aufbauende Produktionsform gefunden wird.

Die Arbeitslosen haben um ihre Forderungen unterbreitet. Wir fühlen mit der Not, die die Arbeitslosen beherrscht, müssen aber auch tiefe Besorgnis, wenn diese verhungerten und von Not verfolgten Menschen fortgesetzt zu Unsinnsgeleiten ausgepeitscht werden.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der 3. Internationale, Sinowjew, brachte in seinem Referat zum Ausdruck, daß die der Amsterdamer Internationale angegeschlossenen Gewerkschaften viel gefährlicher seien als Bürgerwehr, Ordsch und Weisgardisten.

Schwer lastet der Versailles Frieden auf unserer Volkswirtschaft. Er war die notwendige Folge von Weltkriegen. Wir klagen nicht darüber, aber die Frage mußten wir aufwerfen: Wer kann uns, d. h. das Proletariat, von dieser internationalen Kapitalistenherrschaft befreien? Und da sage ich: Wenn das internationale Kapital gestürzt werden soll, dann müssen sich die Proletarier aller Länder die Hand reichen.

Nachdem ich das Kampfgelände geschnitten habe, komme ich zu den konkreten Aufgaben der Betriebsräte und Gewerkschaften. Die in der Novemberrevolution erstandenen Arbeiter- und Soldatenräte fielen bald der Reaktion zum Opfer.

Bei den Aufgaben der Betriebsräte haben wir es mit zweierlei Aufgaben zu tun: erstens die im Gesetz gegebenen und zweitens die, die wir uns als revolutionäre Sozialisten selbst geben. Den Gewerkschaften wurde immer gesagt, daß ihre Aufgaben begrenzt seien.

Wie hat der Betriebsrat an seine Aufgaben heranzugehen? Ich sage euch: Geht ihr an den Unternehmer heran, dann nicht als Mitarbeiter, ihr seid die Vertreter der Belegschaft, ihr habt nicht zu bitten, sondern zu fordern.

Diesem wirtschaftlichen Zustand in der menschlichen Gesellschaft entspricht auch das Zusammenleben der Menschen in politischer, rechtlicher, moralischer, überhaupt geistiger Beziehung.

Das Wort Sozialisierung begegnet uns heute auf Schritt und Tritt. Es gibt keine Zeitung, welche das Wort nicht in ihren Spalten hat. In allen Versammlungen lehrte das Wort wieder, besonders in Versammlungen der Arbeiterkassen.

Unsere bürgerlichen Gegner sagen: Die Eisenbahnen, Post, öffentlichen Bergwerke sind doch sozialisierte Betriebe, denn sie gehören dem Staat. Der Hinweis ist falsch.

Im Abschnitt 1 der Abhandlung haben wir gesehen, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sich die Produktionsmittel in den Händen einzelner Privatbesitzer — Kapitalisten — befinden und ihnen gegenüber steht die große Masse der Bevölkerung als Lohnarbeiter.

ermungen werden. Die Bestrebungen der Unternehmer werden durch die bürgerliche Rechtsprechung unterdrückt. Arbeitsleistung beim Betriebsrat ist notwendig. In Kommissionen, möglichst mit Hand- und Kopfarbeitern besetzt, müssen die einzelnen wichtigen Fragen bearbeitet werden.

Verleumdung der Gewerkschaften

Zurückweisung durch den Parteitag der U. S. P. D.

Der Parteitag der U. S. P. beschloß in seiner letzten Sitzung folgende Resolution:

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der 3. Internationale, Sinowjew, brachte in seinem Referat zum Ausdruck, daß die der Amsterdamer Internationale angegeschlossenen Gewerkschaften viel gefährlicher seien als Bürgerwehr, Ordsch und Weisgardisten.

Diese Methode der bewußten und beabsichtigten Verleumdung der freien Gewerkschaftsbewegung wurde am nächsten Tage durch den Vertreter der russischen Gewerkschaften, Losowsky, fortgesetzt, er wagte es, den in den Gewerkschaften organisierten revolutionären Arbeitern und Angestellten nationalistische Politik zu unterstellen und die der Amsterdamer Internationale angegeschlossenen Gewerkschaften als „Gelbe“ zu verleunden.

Zu all diesen Beschimpfungen brachte es die sogenannte „Linke“ des Parteitages einschließend der auf jener Seite sitzenden Gewerkschaftsvertreter fertig, stürmischen Beifall zu spenden. Der Parteitag der U. S. P. D. weist aufs entschiedenste diese unerhörten Beschimpfungen und dauernde Herabsetzung der in den freien Gewerkschaften organisierten vielen Millionen von Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten und die Methode der bewußten Verhöhnung der Gewerkschaften und die daraus folgende Spaltung der Gewerkschaften zurück.

Er fordert alle Mitglieder der Partei auf, mit verdoppelter Energie den Kampf um die Revolutionierung der freien Gewerkschaften und ihre Umwandlung in Industriearbeiterorganisationen fortzuführen, unter schärfster Ablehnung der Politik der Arbeitsgemeinschaften.

Angesichts der starken Einheitsfront des gesamten Unternehmertums ist die geschlossene Front der freien Gewerkschaften als Kampfinstrument gegen die kapitalistischen Verelendungsstendenzen eine zwingende Notwendigkeit. Darüber hinaus müssen die freigewerkschaftlichen Organisationen aller Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam mit den Betriebsräten den Kampf um die Produktionskontrolle führen zur Einleitung und Unterstützung des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Verwirklichung des Sozialismus.

Dieser Befreiungskampf kann nur zum Siege führen, wenn die Einheitsfront der wirtschaftlichen Organisationen des revolutionären Proletariats unangefasst bleibt.

Der Parteitag fordert daher alle Genossen und Genossinnen auf, jeden Versuch — von welcher Seite er auch kommen möge — die Zersplitterung in die Reihen der nationalen wie internationalen freien Gewerkschaftsorganisationen hineinzutragen, aufs entschiedenste zurückzuweisen.

Wer die Spaltung in die freie Gewerkschaftsbewegung hineinträgt, schwächt die Macht des revolutionären Proletariats, stärkt die Bourgeoisie und das Unternehmertum, verrät die Interessen der Arbeiter und verzögert damit den Sieg des Sozialismus.

Es lebe die Einheitsfront der revolutionären Hand- und Kopfarbeiter!

werden von den Kollegen angefeindet, sie sind bald als Betriebsratsabgeordnete mehr verachtet, als wir es als Gewerkschaftsbeamten sind. Aber noch aus einem andern Grunde: die Menschheit ist nicht stark in allen ihren Gliedern.

Wer den Rätegedanken ausbauen will, muß den Betriebsräten zur Erfüllung ihrer Aufgaben einen guten Unterboden bereiten helfen und muß auf diesem Grund der planmäßigen Verhöhnung und Zerschlagung, die von gewissen Seiten ausgeht, entgegenwirken.

Hand- und Selbstarbeiter. Diese beiden Bevölkerungsgruppen bezeichnen wir als Klassen.

Nicht immer ist es so gewesen. In der guten alten Zeit, wovon unsere heutigen Innungsmeister mitunter noch träumen, bestand zwischen dem zünftigen Handwerksmeister und dem Gesellen ein solcher Unterschied noch nicht. Die verhältnismäßig wenigen, primitiven Werkzeuge — Produktionsmittel — nahm der Handwerksbursche im Felleisen mit auf die „Walze“.

Die durch die Ausbeutung Amerikas (entdeckt 1492) und Indiens (der Seeweg wurde 1498 gefunden) schwerreich gewordenen Handelsherren brachten infolge ihres Reichtums immer mehr Produktionsmittel in ihren Besitz — wurden Kapitalisten —, während der Arbeiter jetzt dauernd von den Produktionsmitteln getrennt bleibt.

Hand- und Selbstarbeiter. Diese beiden Bevölkerungsgruppen bezeichnen wir als Klassen. Nicht immer ist es so gewesen. In der guten alten Zeit, wovon unsere heutigen Innungsmeister mitunter noch träumen, bestand zwischen dem zünftigen Handwerksmeister und dem Gesellen ein solcher Unterschied noch nicht.

Die Betriebsräte dürfen sich aber auch ihren Aufgabenkreis nicht selbst begrenzen, etwa mit Verkauf von Lebensmitteln usw. Wird in den Betrieben solcher Verkauf oder ähnliches im Interesse der Arbeiter betrieben, dann führt Kontrolle darüber aus, aber weiter nicht.

Die Betriebsräte müssen ihr Verhalten so einrichten, daß sie vor der Öffentlichkeit bestehen können. Dies ist um so notwendiger, als bereits bekannt ist, daß die Unternehmer schon jetzt Material sammeln gegen die Betriebsräte, das sie im Parlament verwenden werden, wenn wir innerhalb und außerhalb des Parlaments für eine Verbesserung des Betriebsrätegesetzes eintreten werden.

In allen Industriezweigen müssen die Hand- und Kopfarbeiter zusammenarbeiten. Bisheriges Gewicht müssen wir aber auch jetzt schon darauf legen, mit den Landarbeitern planmäßig im besten Sinne des Rätegedankens tätig zu sein. Denn seid euch darüber klar: Ohne den Landarbeiter ist das Industrieproletariat machtlos.

Bei der Zusammenfassung der Betriebsräte streitet nicht über Formen. Bieviele Gruppen wir brauchen werden, das findet sich in der Praxis. Die Betriebsräte sind gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften die Träger des Umstellungsprozesses.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärt Dismann, daß bisher von keiner Seite, ob S.P.D., U.S.P.D. oder K.P.D., auch nur das Nötigste geschehen ist, um die Übernahme der Produktion vorzubereiten. Im Streit der Meinungen haben wir das Wichtigste vergessen.

Nach dieser Begriffsbestimmung will ich versuchen, das Wesen der Sozialisierung zu erläutern. Wenn zum Beispiel die Arbeiterkraft einer Maschinenfabrik den Unternehmer davonjagt und den Betrieb selbst übernimmt, so ist das bekanntlich keine Vergesellschaftung.

Das ist aber nur die Seite der Produktion. In unserer Maschinenfabrik werden zum Beispiel Dampfmaschinen hergestellt. Deshalb sind interessiert die Arbeiter derjenigen Fabrik, in welcher die Dampfmaschine Werkzeugmaschinen treiben soll.

Die Vergesellschaftung — Sozialisierung — ist eine vollständige Umgestaltung und Reorganisation der Gesellschaft.

Das ist aber nur die Seite der Produktion. In unserer Maschinenfabrik werden zum Beispiel Dampfmaschinen hergestellt. Deshalb sind interessiert die Arbeiter derjenigen Fabrik, in welcher die Dampfmaschine Werkzeugmaschinen treiben soll.

Die Vergesellschaftung — Sozialisierung — ist eine vollständige Umgestaltung und Reorganisation der Gesellschaft. Darum wollen und müssen wir sozialisieren!

Die Vergesellschaftung — Sozialisierung — ist eine vollständige Umgestaltung und Reorganisation der Gesellschaft. Darum wollen und müssen wir sozialisieren!

Die Vergesellschaftung — Sozialisierung — ist eine vollständige Umgestaltung und Reorganisation der Gesellschaft. Darum wollen und müssen wir sozialisieren!

Die Vergesellschaftung — Sozialisierung — ist eine vollständige Umgestaltung und Reorganisation der Gesellschaft. Darum wollen und müssen wir sozialisieren!

Die Vergesellschaftung — Sozialisierung — ist eine vollständige Umgestaltung und Reorganisation der Gesellschaft. Darum wollen und müssen wir sozialisieren!

tarischen Revolution den Nährboden. Gelingt es diesem Kongress, eine Kampfpole zu finden, unter der sich das gesamte revolutionäre Proletariat sammeln kann...

Resolution Dismann, welche gegen wenige Stimmen angenommen wurde: Die dem Kapitalismus innewohnenden imperialistischen Tendenzen haben den Weltkrieg heraufbeschworen...

Aber nicht nur der Weltkrieg selbst, sondern in verstärktem Maße haben seine Folgen immer breiteren Massen die Augen geöffnet für den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsweise...

Besonders aber erlitt die deutsche, im vorgeschrittenen kapitalistischen Entwicklungsstadium befindliche Wirtschaft die schwersten Erschütterungen. Während die besitzende Klasse auch nach Krieg und Revolution ihre ganze Tätigkeit auf rücksichtslose Verelendung einstellte...

Wohl fällt die Entstehung des Betriebsrätegesetzes in die Zeiten revolutionärer Kämpfe des deutschen Proletariats. Indessen, weit davon entfernt, die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse auf ein Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozess zurückzuführen...

In klarer Erkenntnis all dieser Mängel und Hemmnisse des Gesetzes, wie auch des rücksichtslosen Widerstandes der ausbeutenden Klasse, tritt die freigemeinschaftlich organisierte Arbeiterklasse an die Betriebsräte durch die historische Situation gestellten Aufgaben heran...

In seinem Kern legt das Betriebsrätegesetz nur die Aufgaben der bisherigen Arbeiter- und Angestelltenräte gesetzlich fest. Aber selbst in diesem Aufgabebereich werden den Betriebsräten durch das Gesetz viele Erschwernisse in den Weg gelegt...

Die Betriebsräte wie die gesamte Arbeiterschaft aber müssen sich weit über den engen Rahmen des Gesetzes hinausgehende Ziele stellen und ihre gesamte Tätigkeit dementsprechend einrichten...

Die Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten und die ganze Macht der Organisation dahinter zu setzen, macht uns die gegenwärtige, die Kampfsituation immer mehr verschärfende Wirtschaftskrise zu einer gebieterischen Pflicht...

Diese Forderungen aufstellen und den Betriebsräten diese Aufgaben zuweisen, heißt den revolutionären Kampf des Proletariats erkennen. Die Unternehmer denken ebenfalls daran, ihre wirtschaftliche Macht preiszugeben...

Rur wenn in diesem Geist auf der ganzen Linie die Einstellung und Vorbereitungen durchgeführt sind, werden die Gewerkschaften vor ihrer historischen Mission stehen: als einzige geschlossene Organisation des Massenbewußten Proletariats...

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg: Der Schlosser Willi Sätgen, geb. am 31. August 1877 zu Hamburg, Mitgliedsbuch Nr. 3.011.912, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Burg: Der Arbeiter Gustav Siensch, geb. am 17. Dezember 1897 zu Burg, Mitgliedsbuch Nr. 78.745, wegen Unterschlagung.

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 3.600.882, lautend auf den Schlosser Alfred Heinzmann, geb. am 4. Dezember 1900 zu Kralowitz, eingetreten am 18. Februar 1919 zu Celle (Oberhausen). Mitgliedsbuch Nr. 3.658.480, lautend auf den Schmied Reinhard Schland, geb. am 8. Juli 1877 zu Bialitz, eingetreten am 17. Juli 1919 zu Oberhausen. (Wesel.) Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

von Formern und Stecherearbeitern nach Ehlingen (Ehlinger Maschinenfabrik) M.; nach Neuß bei Düsseldorf (Rhein-Westf. Eisengießerei) D.; von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; nach Leipzig D.; von Metallarbeitern nach Bleicherode (Fa. J. Rinkel) D.; nach Bremen; nach Danzig St.; nach Elbing D.; nach Gehrten in Thüringen (Fa. Spannaus) D.; nach Langenwieseln in Thüringen (Fa. Brandes de Roos) D.; nach Sommerda in Thüringen (Rheinisch-Westfälische Metallwarenfabrik) M.; von Orthopädiemechanikern und Bandagisten nach Magdeburg (Fa. Bleicher, Tischlerstraße 8) D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; R. = Mahregelung; Ri. = Rißstände; A. = Auslieferung.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Bestätigung von Sperrungen müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausdeutend begründet sein.

Arbeitsjüngende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugehört, zum Nachweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Rundschau

Die Arbeitgeber schließen sich fester zusammen.

Nach den neuesten Veröffentlichungen gehören der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände 189 Verbände mit 1300 Unterverbänden an, die wiederum 100.600 Betriebe mit 6 1/2 Millionen Arbeitern umfassen. Im Vorjahre waren in dieser Organisation 130 Verbände mit 575 Unterverbänden, 52.683 Betrieben und 4 Millionen Arbeitern vereinigt.

Gegen den Achtstundentag.

Als einzige Erwerbsklasse der Revolution steht der Achtstundentag da. Er hat auch seinen Siegeszug durch die Welt angetreten, nahezu alle fortgeschrittenen Kulturstaaten haben ihn festgelegt. Nicht immer ist die Anerkennung des sozialistischen Grundgesetzes für seine Einführung maßgebend gewesen, in der Mehrzahl mußten die Regierenden dem Druck des organisierten Proletariats nachgeben.

Jetzt verfahren selbst Reichsbehörden, den Achtstundentag allmählich umzusetzen zu machen, wie folgende Verordnung beweist: Der Reichspostminister VI a. R. Nr. 2002.

Berlin R. 66, den 3. September 1920.

Es muß an dem Grundgesetz, wonach die Geschäfte der erkrankten und bedauernden ufm. Beamten und die Reichleistungen bei vorübergehenden Betriebsstörungen, soweit irgend möglich, auf die vorhandenen Beamten zu übertragen sind und die Einstellung besonderer Beamter nach Möglichkeit zu vermeiden ist, festgehalten werden. Demnach sind die Beamten im Bedarfsfalle auch über das vorgeschriebene Arbeitsmaß von 48 Stunden in der Woche hinaus zum Dienste heranzuziehen. Eine Vergütung für ihre Mehrleistung kann ihnen jedoch nicht getätigt werden, weil in Vereinbarung mit der Aufstellung der Reichsfinanzverwaltung nach dem Inkrafttreten des neuen Besoldungsgesetzes folgende Vergütungen nicht mehr gezahlt werden sollen und im Reichshandelsplan für das Rechnungsjahr 1920 auch Mittel zu Vergütungen für außerordentliche Dienstleistungen nicht mehr vorgesehen sind (vergl. auch Hf. vom 2. August VI a. R. Nr. 1336).

Man mag einwenden, es handele sich nur um eine vorübergehende Erscheinung. Dies ist irrig. Die Verordnung zeigt der Mehrleistung keine Grenzen. Einmal begonnen, wird bald die Überarbeit bei diesen Betrieben zur ständigen Einrichtung werden. Auf der anderen Seite sollen aber immer mehr Arbeitskräfte abgeschoben werden. Auf der Reichseisenbahn des Post- und Telegraphenpersonals im August wurde von einem Vertreter der Reichspostverwaltung erklärt, daß 40.000 Beschäftigte Postbeamter vorhanden seien, auf deren Entlassung der Finanzminister dringe. Will die Postverwaltung auf diesen Schicksal eingehen, so ist die Frage davon lassen. Will sie wirklich gehen, dann hat sie an anderen Stellen besser und ausdauernder Beschäftigte. Nicht zu overlooken ist den oberen Regionen, wo so manche Freunde eingeschoben werden kann. Die Tendenz der Verordnung kennzeichnet den Versuch, die in den letzten Jahren über den wahren Sachverhalt zu täuschen. Es wird an den Postangestellten wie überhaupt an den in Staatsbetrieben Beschäftigten liegen, möglichst Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.

Vom Ausland

Belgien. Die belgische Kammer hat mit 142 gegen 13 Stimmen das Gesetz über die obligatorische Einführung des Achtstundentages beschlossen. Das Gesetz sieht ferner die Achtstündige Arbeitswoche für die Industriebetriebe vor. Von liberaler Seite wurde versucht, das Gesetz zu verschleppen, es sollte vertagt werden, bis die von der Washingtoner Arbeiterkonferenz vorgesehene internationale Ermittlung und Untersuchung abgeschlossen sei.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (V. a. G., Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat September 1920.

Table with columns for Einnahmen (Contributions, Dues, etc.) and Ausgaben (Medical expenses, Burial costs, etc.) for September 1920.

Sterbefälle für Mitglieder der „Allgemeinen Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter“ (V. a. G., Hamburg) und deren Frauen.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im 8. Quartal 1920.

Table with columns for Einnahmen and Ausgaben for the 8th quarter of 1920.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten Postsendungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg 1, Besenbinderhof 70, zu richten.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Das Reichsversorgungsgesetz mit Erläuterungen und Rechenstabellen. (26. bis 50. Laufend.) Berlin 1920. Verlag: Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 9. Preis 3 M. und 20 Prozent Teuerungszuschlag.

Die Feinerei, Lehr- und Nachschlagewerk von D. Schwenn. 288 Seiten, geb., 140 Abbildungen und 33 Tabellen. Preis 12 M. - Dieses Werk soll allen im Maschinenbau Beschäftigten ein Bild in die Fräse geben. Einiges aus dem Inhalt: Fräs- und Schleifmaschinen, Formgebung, Befestigung, Glühen, Härten, Schleifen und Schärfen der Fräser. Anwendung des Leiltoppes. Das indirekte und Differentialverfahren. Fräsen der Stirn-, Schraub- und Kegelspäher. Schneidengetriebe. Berechnung der Stirnräder auf Festigkeit usw.

Verbands-Anzeigen

Ungeheute gesucht. Wollen I. S. Zum Geschäftsführer wurde der Kollege Johann Bates (Seeständchen) gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank. (Schlesien). Weiterer Geschäftsführer zum 1. Januar gesucht für Kaffeeerzeugnisse und die schriftlichen statischen Arbeiten. Bewerber müssen organisatorische, kaufmännische und technische Fähigkeiten haben und mit dem Verwal-

Sonstige Anzeigen

Reffelschmied, tüchtiger, auf große Bauteile gesucht. Nur erste Preise, Kräfte wollen sich melden. Angebote zu richten an: Oskar Siedler, Zwieselgasse 10, Bauschloß, Garmisch. Metallarbeiter für Silberwaren, tüchtig, auf große Bauteile gesucht. Stundlohn 6 RM. R. Lutzmann, Altona 8, Hamburg, Dierichstr. 18. Metallarbeiter für Silberwaren, tüchtig, auf große Bauteile gesucht. Stundlohn 6 RM. R. Lutzmann, Altona 8, Hamburg, Dierichstr. 18. Waagschlosser, tüchtiger, selbständig arbeitende, auf Deimal, Maßstab für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Oskar Berger, Waagenfabrik, Röhrenberg, Breitengasse 83.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 21. Oktober bis 4. November 1920. fällig für die Zeit vom 31. Oktober bis 6. November 1920. fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Statuts folgende Bestimmungen in der angegebenen Höhe geschätzt:

Table showing estimated contributions for different categories: Arbeiter (190), Arbeiterinnen (80), Kinder (50), etc.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung konstitutorischer Rechte zur Folge.